

ren für die Festigung der Stabilität und des Friedens in Europa die konsequente Fortsetzung des von der gesamteuropäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit begonnenen Prozesses ist. All das Positive, das im Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen aller europäischen Staaten auf diesem Wege erreicht wurde, muß und kann ausgebaut werden.

Die DDR und die UdSSR bekräftigen erneut ihre Bereitschaft, entschieden in dieser Richtung zu wirken, um die weitere Entwicklung und Bereicherung der gesamteuropäischen Beziehungen auf allen Gebieten und die Festigung des Vertrauens zwischen den Teilnehmern der Schlußakte von Helsinki zu erreichen.

Gleichzeitig erklärten die Seiten ihre Entschlossenheit, auch künftig allen Umtrieben der Gegner der Festigung der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit, den Versuchen ideologischer und anderer Arten von Diversion gegen die sozialistische Gemeinschaft und den Angriffen auf die Souveränität und Unabhängigkeit der sozialistischen Länder eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Die Politik der Stärke, des Diktats und der Drohungen kann keinerlei Perspektive haben. Die sozialistischen Länder verfügen über alles Notwendige, um ihre Lebensinteressen zu schützen, das Recht ihrer Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, zu verteidigen und ihre internationalen Positionen zu sichern.

Die DDR und die UdSSR werten die jüngsten gegen die Volksrepublik Polen und die UdSSR gerichteten Aktionen der Regierung der USA als eine direkte Verletzung der UN-Charta und der in der Schlußakte von Helsinki enthaltenen Prinzipien für die gegenseitigen Beziehungen der Staaten, die die Achtung der souveränen Rechte eines jeden Teilnehmerstaates und seiner Gesetze fordern und die vor schreiben, sich jeglicher Einmischung in seine inneren Angelegenheiten zu enthalten. Indem die USA zum Schlag gegen den sozialistischen polnischen Staat ausholen und danach streben, Polen zu einem Spannungsherd in Europa zu machen, unterminieren sie die Grundpfeiler der europäischen Stabilität und Zusammenarbeit. Gleichzeitig nutzen sie die von ihnen entfachte, gegen Polen und alle Länder des Sozialismus gerichtete Kampagne als Vorwand dafür, um die Aufmerksamkeit der Völker von der Lösung der erstrangigen Probleme von Krieg und Frieden, der Beendigung des Wettrüstens abzulenken, um ihre Rüstungsprograrpmen und Pläne zur Stationierung neuer amerikanischer Raketenkernwaffen in Westeuropa voranzutreiben.

Die DDR und die UdSSR verurteilen diese Handlungen der USA, die der Sache des Friedens schaden und die Atmosphäre für den Dialog zwischen Ost und West verschlechtern, entschieden. Sie weisen die Erklärung der Brüsseler Tagung der Außenminister der NATO-Staaten vom 11. Januar 1982 zurück, die einen groben Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen darstellt.